

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

31.12.1928 (No. 305)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
straße Nr. 14
Verlagsredaktion
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM, einjährig 25 RM, einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipische Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerbetrieben, zwangsweiser Beitreibung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verpätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

Die Pfalz fordert Befreiung

Rundgebung der Presse der Pfalz zur Jahreswende
Zu Beginn dieses entscheidungsvollen Jahres wenden sich gerade in unserem Grenzland Baden die Blicke nach dem besetzten Gebiet. Schwer liegt der Druck der Besatzung besonders auf der uns benachbarten Pfalz, aus der nun eine bedeutsame neue Rundgebung kommt. Sie beginnt:

Sämtliche pfälzische Zeitungen, vereinigt in der **Bezirksarbeitsgemeinschaft der pfälzischen Presse**, halten es für ihre Gewissenspflicht, den einmütigen Gefühlen und Stimmungen der ganzen Bevölkerung der Pfalz durch folgende **Rundgebung** vor aller Welt laut Ausdruck zu verleihen:

Zur Jahreswende wiederholt die Pfälzer Bevölkerung als ihren vordringlichsten Wunsch den Ruf nach

Befreiung vom drückenden Joch einer fremden Besatzung.

Zehn harte Jahre tragen wir dieses schwere Joch mit Ruhe und Würde und mit jener bereitwilligen Vaterlandsliebe, der kein Opfer zu groß ist. Es war eine Selbstverständlichkeit, daß die in der eifhundertjährigen Zugehörigkeit der Pfalz zum deutschen Vaterlande begründete deutsche Treue sich in den letzten zehn Jahren nationalen Martyriums bei uns Pfälzern als unerschütterlich und unüberwindlich und nicht zuletzt als unempfindlich gegen jegliche fremdländische Beeinflussung erwiesen hat. Gegenteilige Hoffnungen und Absichten, die man jenseits der Vogesen mit dem Einzug und der Wirksamkeit der Besatzung verknüpft hat, sind schmachlich zusammengebrochen. Es war eine gefährliche Selbsttäuschung, die Hochachtung, Ehrfurcht und Veröhnung eines freien Kulturvolkes mit Gewaltmaßnahmen eines fremden Militarismus erzwingen zu wollen.

Wie ein Albdruß liegt die Besatzung auf dem Pfälzer Volk. Fast hat es den Glauben an wahren Frieden und echte Völkerveröhnung verloren, schier verzweifelt es an der Gerechtigkeit. Allerorts spricht man in schönen Worten von Frieden; wie sehen aber in unserer Heimat zehn Jahre nach Kriegsende immer noch fremde Truppen! Ist es unseren ehemaligen Gegnern wirklich ernst um die Durchführung der Verständigung, um die Erhaltung des Friedens, dann mögen sie zunächst das größte Hindernis aus dem Weg räumen: die Besatzung!

Vom Jahre 1929 erwarten wir die volle Befreiung deutschen Bodens

ohne besondere Gegenleistungen Deutschlands

und damit die volle Freiheit für unsere pfälzische Heimat. Wir erheben Anspruch auf diese Befreiung. Rechtliche, moralische und politische Gründe sprechen dafür. Als Grenzland im Westen unseres Vaterlandes halten wir Ausschau, wo Bränden der Verständigung und Veröhnung zwischen Frankreich und Deutschland geschlagen werden können. In diesem Sinne begrüßen wir es, daß mit dem Dawesabkommen, dem Vertragswert von Locarno, dem Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund, sowie der Unterzeichnung des Kelloggpatentes eindeutige Tatbeweise für Deutschlands aufrichtigen Friedenswillen erbracht wurden. Nach dem Urteil der Völkerverständigung in Paris hat Deutschland zudem vollständig abgerückt und ist seinen Verpflichtungen nach dem Dawesplan restlos nachgekommen. Wozu also noch Besatzung?

Am 16. Juni 1919 unterzeichnete Wilson, Clemenceau und Lloyd George eine Erklärung, worin u. a. zugefagt wird: „Wenn Deutschland zu einem früheren Zeitpunkt Beweise von seinem guten Willen und befreiende Bürgschaft für die Erfüllung seiner Verpflichtungen gegeben hat, so werden die in Betracht kommenden alliierten und assoziierten Mächte bereit sein, unter sich ein Abkommen zur früheren Beendigung der Zeit der Besatzung abzuschließen.“ Deutschland hat diesen guten Willen bewiesen, hat seine Verpflichtungen erfüllt; aber wo bleibt die Einlösung dieses Männerwortes?

Artikel 431 des Versailler Vertrages verspricht uns: „Wenn Deutschland vor dem Ablauf des Zeitraumes von 15 Jahren alle Verpflichtungen erfüllt, welche ihm aus dem gegenwärtigen Vertrage erwachsen, so werden die Besatzungstruppen sofort zurückgezogen.“ Deutschland hat diese Verpflichtung bisher trotz größter Not erfüllt; wo aber bleibt die Vertragstreue der Gegenseite?

All dies sprechen wir heute vor aller Welt offen aus. Als die berufenen Sprachorgane des Pfälzer Volkes fühlen wir uns hierzu verpflichtet. Als solche richten wir auch

an die gesamte Kulturwelt

die ernste Frage: Wie verträgt sich Völkerverbund in Geß mit Völkerveröhnung am Rhein, Selbstbestimmungsrecht mit Verstärkung in Besatzungszustand, Entmilitarisierung mit Fremdmilitarisierung, Kriegsschlichtung mit Fortführung der Kriegsbefatzung?

Den Machthabern aller ehemaligen Kriegsgegner rufen wir zu: Wollt Ihr friedliche deutsche Nachbarschaft und damit die Garantie für Euerer Sicherheit; wollt Ihr wahre Völkerveröhnung, so beiseitigt die Zone des Hasses und der Bitterkeit! Macht endlich im Jahre 1929 Schluß mit einer Besatzung, die Euch nicht zur Ehre und zum Vorteil gereicht, uns aber feindsch und wirtschaftlich niederdrückt. Nicht die 70 000 Bayonette am Rhein geben Euch die Sicherheit Euerer Grenzen und Eueres Friedens, sondern der friedliche Sinn einer aus freiem Willen zur Verständigung bereiten deutschen Bevölkerung.

Gibt uns am Rhein und in der Pfalz, noch ehe es zu spät ist, die eines europäischen Volkes allein würdige Freiheit!

Letzte Nachrichten

Neujahrserlasse an die Wehrmacht

Aus Anlaß des Jahreswechsels sind folgende **Neujahrserlasse an die Wehrmacht** ergangen:

„An die Wehrmacht! Der deutschen Wehrmacht entbiete ich zum neuen Jahre meine herzlichsten Wünsche und Grüßel. Es war mir eine Freude, im abgelaufenen Jahr Heer und Marine bei ihrer ersten und verantwortungsvollen Arbeit sehen und ihre guten Leistungen anerkennen zu können. Ich habe die feste Zuversicht, daß die Reichswehr auch im neuen Jahr ihre Schuldigkeit tun wird. gez. Reichspräsident von Hindenburg.“

„An die Reichswehr! Allen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften, allen Beamten, Angestellten und Arbeitern der Reichswehr meine herzlichsten Neujahrgrüßel! Der Wille läßt sich nicht in Fesseln lagern. Geist ist unabhängig von Startheit der äußeren Form. Wille und Geist zu schulen, ist unser bester Dienst am deutschen Volk. gez. Gröner, Reichswehrminister.“

„An das Reichsheer! Allen Angehörigen des Reichsheeres meine besten Glückwünsche zum neuen Jahr! Wir wollen weiter unsere Pflicht tun. gez. Heise, General der Infanterie und Chef der Heeresleitung.“

„An die Reichsmarine! Zum Jahreswechsel spreche ich der Reichsmarine meine besten Wünsche aus. Auch im kommenden Jahre werden wir unsere Pflicht erfüllen, einzig im Ziel und fest im Glauben an Deutschlands Zukunft. gez. Raeder, Admiral, Dr. h. c., Chef der Marineleitung.“

Die indische Nationalbewegung

W.D. London, 31. Dez. (Tel.) Der Berichterstatter der „Times“ in Kalkutta meldet, es sei jetzt sicher, daß der am Samstag eröffnete indische Nationalkongreß eine von Gandhi entworfenen Entschließung annehmen werde, was einen Sieg der Extremisten bedeute. In der Entschließung werde der britischen Regierung eine Frist von 12 Monaten gewährt, um Indien die Verfassung eines Dominions zu geben. Gleichzeitig behielten sich die Extremisten das Recht vor, ihren Feldzug zugunsten völliger Unabhängigkeit fortzusetzen.

Die Diamantengräber in Namaqualand

W.D. London, 31. Dez. (Tel.) „Morning Post“ meldet aus Johannesburg: Für den 7. Januar werden im Namaqualand erste Ereignisse befürchtet, da die Diamantengräber angekündigt haben, daß sie an diesem Tage gewaltfam von denjenigen Diamantenfeldern Besitz ergreifen wollen, deren Erschließung die Regierung vorläufig verboten hat. Die Diamantengräber erklären, sie würden unbewaffnet kommen und es der Polizei überlassen, auf sie zu feuern. In dem gefährdeten Gebiet werden Polizeitruppen zusammengezogen.

Bolivien und Paraguay

W.D. Washington, 30. Dez. (Tel.) Die paraguayische Gesandtschaft gab bekannt, daß Paraguay das von der panamerikanischen Konferenz entworfene Protokoll zur **Beilegung des Streits** zwischen Bolivien und Paraguay im wesentlichen angenommen habe.

Die Dedungsvorlage der Reichsregierung

Berliner Blättern zufolge ist damit zu rechnen, daß das Reichsfinanzministerium nach der Rückkehr des Reichszanzlers den Haushaltsplan dem Reichskabinett vorlegen wird. Dem Reichskabinett wird dabei auch ein bestimmter Vorschlag zur **Dedung des Defizits** gemacht. Das Kabinett wird sich nicht auf die Vorlage eines Verzetats beschränken. Dadurch werden indessen Verhandlungen über die Dedungsfrage mit den Parteien, die in der gegenwärtigen Regierung durch Minister vertreten sind, notwendig werden, es ist jedoch hierüber noch nichts beschlossen worden. Es darf angenommen werden, daß der Reichsrat den Haushalt für 1929 so schnell erledigt, daß für die Beratung im Reichstage noch genügend Zeit bleibt. Die Vorlage eines Notetats ist deshalb, wie jetzt gemeldet wird, nicht vorgezogen.

Urteil im Warschauer Attentatsprozess

Sonntag abend um 11 Uhr wurde vom Warschauer Bezirksgericht das Urteil im Prozess gegen den russischen Studenten **Wojciechowski** verkündet, der das Attentat auf den Leiter der Sowjethandelsdelegation, **Wiazem**, verübt hatte. Wojciechowski wurde zu **zehn Jahren schweren Kerkers** verurteilt. Der Staatsanwalt nahm das Urteil an, dagegen wird die Verteidigung Berufung einlegen.

Wojciechowski wurde auf Grund der Artikel 59 und 458 des Strafgesetzbuches (Totschlagsversuch) verurteilt, die Strafen von 10—15 Jahren schweren Kerkers vorsehen, dagegen wurde er von der Anklage auf Grund der Paragraphen, die von Attentaten auf Amtspersonen handeln, freigesprochen, da es der Verteidigung gelang, nachzuweisen, daß Wiazem keine Amtsperson im eigentlichen Sinne des Wortes war. Der Staatsanwalt hob in seiner Anklagerede hervor, daß Wojciechowski's Attentat das zweite russische Attentat gegen Sowjetvertreter in Polen war und erinnerte daran, daß nach dem ersten Anschlag gegen den Befandnen **Wojlow** die polnische Regierung einen russischen Emigranten verurteilt habe. Die beiden Verteidiger wiesen daraufhin, daß Wojciechowski's Attentat keine größeren Folgen hatte und die Tat in der Erregung über das in Russland erlittene Unrecht und aus Rache für die Ermordung des Vaters verübt worden sei.

* Neues Jahr, neue Sorgen!

Der Abschluß eines Kalenderjahres ist wohl nur in den seltensten Fällen gleichzeitig Abschluß einer politischen Entwicklung. Und besonders an dieser Jahreswende sind wir zu der Feststellung gezwungen, daß das neue Jahr 1929 lediglich das zur Weiterentwicklung und zur Reife bringen wird, was das alte Jahr und mit ihm seine Vorgänger gezeit haben. Von den Fragen der Außenpolitik bis zu denen der Innenpolitik befindet sich alles im Fluß. Nirgends sind wirklich feste Konturen zu erkennen. Und, wenn es überhaupt noch eines Beweises dafür bedarf, daß wir in einer Übergangsperiode leben, in einer Zeit gewaltiger Umwälzungen, dann genügt der Blick auf die ungelösten Probleme des verflochtenen Jahres, um uns diese Tatsache klar vor Augen zu führen.

Unter den Auswirkungen dieser Übergangsperiode haben alle Staaten und Länder der Welt zu leiden; die einen mehr, die anderen weniger. Verhältnismäßig am besten ist Nordamerika dran, das als junger und wirtschaftlich noch nicht völlig erschlossener Erdteil mit so manchen Schwierigkeiten Europas nicht zu kämpfen hat. Allerdings warnen auch hier die Kenner der Sachlage vor Optimismus und Selbstüberhebung, da sie der Ansicht sind, daß sich auch im amerikanischen Wirtschaftsleben, noch mehr aber in der sozial- und individualmoralischen Haltung Nordamerikas heute schon Beobachtungen machen lassen, die auf schwere Gefahren für die Zukunft hindeuten. Eine Übergangsperiode, welche die ganze Welt umspannt, kann natürlich nicht in ein paar Jahrzehnten verlaufen, sondern sie wird sich über viel größere Zeiträume erstrecken und für Amerika vielleicht erst dann sichtbare Gestalt annehmen, wenn sie in Europa im wesentlichen schon abgeschlossen ist.

Europa steht zur Zeit jedenfalls mitten in der Flut dieser revolutionierenden Epoche drin. Und zwar ist es nicht bloß die Außenpolitik der europäischen Länder, welche von Sorgen und Problemen beschaftet wird, sondern auch die Innenpolitik. Der Weltkrieg war ein böser Wahnsinn. Er hat die Blüte der an ihm beteiligten Nationen vernichtet, er hat ungeheure Sachwerte zerstört und eine Geistesverfassung hinterlassen, die dem Gedanken eines wahren Aufbaus durchaus nicht förderlich ist. Das schlimmste Charakteristikum dieser Geistesverfassung ist die Tatsache, daß allenthalben die persönlichen Ansprüche des Einzelmenschen und der sozialen Gruppen gestiegen sind, während sich die Mittel zur Befriedigung dieser Ansprüche im Vergleich zu früher sehr verringert haben. Was geschieht, wenn die Ansprüche höher sind als die zur Verfügung stehenden Mittel? **Man lebt auf Borg, man pumpt!** Und das ist denn auch das Motto der Wirtschaft eigentlich aller europäischen Staaten.

Zu einem wahren Aufbau gehören keine imposanten Organisationskünste, dazu gehört nicht die Anmeldung immer neuer Wünsche und Forderungen, dazu gehört nicht das Aufstellen von Theorien, die nur zu verwirklichen sind, wenn einmal der Aufbau vollendet ist! Dazu gehört nur eines: **produktive Arbeit, Selbigenügsamkeit** und die **Förderung aller Maßnahmen**, die geeignet sind, der billigen und guten Ware in der Welt einen ausreichenden Absatz zu verschaffen.

Die rechte Einsicht ist in Europa viel verbreiteter, als man glaubt. Nur die Neigung, diese Einsicht in die Tat umzusetzen, ist im allgemeinen noch recht gering. Wenn die Völker von ihren Regierungen erwarten, daß sie das große, alles beherrschende Finanz- und Wirtschaftsproblem dieser Übergangsperiode lösen, dann müssen sie sich auch dessen bewußt sein, daß ohne starke Eingriffe solches nicht möglich sein wird. Die Geschichte der letzten Jahrzehnte predigt die Lehre, daß nur dann ein hohes Ziel erreicht werden konnte, wenn man mit Zwang vorging. — Der Weltkrieg wäre für die Entente wahrscheinlich nicht gewonnen worden, wenn man nicht schließlich in Frankreich und in England den beiden führenden Persönlichkeiten, Clemenceau und Lloyd George, ein ganz außergewöhnliches Maß von Befehls- und Entscheidungsgewalt übertragen hätte. Rußland wird nur durch die eiserne Kante der Sowjets zusammengehalten. Man mag aus wirtschaftspolitischen Gründen das Sowjetsystem für reif zum Zusammenbruch halten. Aber das Chaos, das diesem Zusammenbruch folgen müßte, würde den heutigen Zustand in Rußland noch in Schatten stellen. In Italien und Spanien bedient sich die Vorsehung der Hand eines einzelnen, damit die Rote der Zeit auf diese Weise einigermaßen gebändigt werden.

In den andern europäischen Ländern regieren die Parteien. Dort ist es deren Aufgabe, die drängenden Probleme zu meistern. Wie man das unter strengster Beobachtung einer demokratisch-parlamentarischen Verfassung tun kann, hat in Deutschland das Jahr 1923 gelehrt, in welchem wie mit einem Schlage das Gespenst der Inflation zum Hause hinausgejagt wurde.

In allen parlamentarisch regierten Ländern Europas fühlen die Wähler ganz genau, daß die Parteien eine ungeheuer große Aufgabe zugefallen ist. Und die Hoffnung, daß die Parteien diese Aufgaben bewältigen werden, ist in der Mehrheit unerschütterlich. Allerdings läßt sich nicht verkennen, daß es in allen Parteien auch andere Strömungen gibt. Und so sehen wir denn allenthalben die großen historischen Parteien in einer Krise stehen. Bei der einen Partei ist sie ziemlich offenkundig, bei der andern mehr latent vorhanden. Relativ am besten sind die Parteien dran, die sich auf eine ganz bestimmte soziale Schicht stützen, da nun ja einmal finanz-, wirtschafts- und sozialpolitische Probleme die maßgebenden sind.

Die Schwierigkeiten für solche Parteien beginnen in dem Augenblick, in welchem sie gezwungen werden, die Verantwortung für das Ganze zu tragen, wo sie gezwungen werden, Staatspolitik zu treiben. Denn das Staatsvolk setzt sich nicht nur aus einer Schicht, sondern aus vielen Schichten zusammen. Und es ist notwendig, allen Schichten gerecht zu werden, vor allem aber diejenigen am Leben zu erhalten und zu stärken, auf denen das wirtschaftliche und finanzielle Leistungsvermögen der Nation beruht. Das ist das, was der Amerikaner, der durch Europa reist, nicht begreifen kann: daß man hier Riesensummen bewilligt und ausgibt, ohne sich zu fragen, ob denn der Wirtschaftskörper des betreffenden Landes derartige Schröpfungen auch verträgt.

Deutschlands Situation ist naturgemäß besonders schwierig und sorgenvoll. Und es wird der größten Geduld und der heroischsten Anstrengungen bedürfen, um im nächsten Jahre wenigstens die Aufgaben zu erfüllen, die zur Zeit die drängendsten sind. Im Kerne hängt auch heute noch unsere gesamte wirtschaftliche und politische Entwicklung von dem Willen anderer ab, von dem Willen derer, die uns im Weltkrieg besiegten. Deshalb ist das Reparationsproblem das lebenswichtigste Problem für Deutschland. Alle unsere guten Wünsche zum neuen Jahre müssen in den einen Wunsch einmünden, daß es den beteiligten Regierungen gelingen möge, dieses Europa wie eine dunkle Wolke beschattende Problem einer einigermaßen befriedigenden Lösung entgegenzuführen. Erst dann werden die anderen Probleme finanzieller, wirtschaftlicher und sozialpolitischer Art erledigt werden können.

Der Neujahrsempfang bei Hindenburg. Reichszankler Hermann Müller tritt die Urlaubsreise in den Schwarzwald unmittelbar nach Neujahr an. Am Neujahrstag ist der Kanzler noch in Berlin, um dem Reichspräsidenten die Glückwünsche des gesamten Kabinetts zum Jahreswechsel zu überbringen. Zu diesem Zweck sind sämtliche Reichsminister, soweit sie abwesend waren, nach Berlin zurückgekehrt. Der Gratulationsempfang beim Reichspräsidenten wird auch diesmal in dem für die Republik traditionell gewordenen Rahmen gehalten sein.

Der Berliner Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten. Ministerpräsident Held hat außer dem Reichspräsidenten und dem Reichszankler bei seinem Berliner Besuch auch den preussischen Ministerpräsidenten Braun aufgesucht. Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ wissen will, hat bei der Unterredung die Entscheidung des Staatsgerichtshofes wegen der Rechtsmäßigkeit der bayerischen Biersteuerentscheidung eine besondere Rolle gespielt.

Die Abbés Gachy und Schieb, die Leiter des „Erfassischen Kurier“ und des „Erfasser“, sind vom Straßburger Bischof nur erachtet worden, die Zeitung ihrer Blätter niederzulegen, geistliche Amtshandlungen sind ihnen nicht verboten worden.

Badisches Landestheater

Boccaccio

Wieder einmal treibt Franz von Suppés ungeschicklicher „Boccaccio“ sein tolles Spiel auf der Landesbühne, und wieder übt die seit Jahrzehnten vertraute Musik ihre oft bewährte Anziehungskraft. Zwar klingt es heutigen Ohren ein bißchen anspruchsvoll, wenn sich „Romische Oper“ ein Wortchen nennt, das an Tempo, Witz und Melodie gerade noch den Rahmen einer anständigen Operette ausfüllt und dabei deutlich von der durch Offenbach und Strauß geschaffenen Klassizität dieser besonderen Gattung abhängig ist. Sei dem jedoch, wie es einem jedem beliebt: letzten Endes entscheidet die gewählte Aufführungspraxis den Erfolg, und diese trägt nun weder nach komischer Oper noch nach Operette, sondern mischt mit beiden Elementen obendrein reuehafte Effekte. Der damit von Otto Krauß erreichten Bilalität und Disziplin des Spiels nach zu urteilen eine volle Publikumswirkung, und kluglich nicht minder durch Generalmusikdirektor Josef Krips, den auch solche leichtere Aufgaben anscheinend ungemein reizen, eine auf das nötige Zeittempo gebrachte Angelegenheit. In der Besetzungfrage, die vielleicht an einer Opernbühne ein Problem sein könnte, gibt es ebenfalls kaum Schwierigkeiten. Benigstens schauspielerisch Magda Strauß (Boccaccio), Elise Blau (Pametta), auch Emmy Seiberlich (Isabella) und Lotte Fischbach (Beatrice) so gut, als ob sie im innersten Kern ihrer Natur schon immer der leichten Musik zugehörig wären. Vorzüglich des weiteren Carsten Dörner, Wilhelm Krentzsch und Karlheinz Läger in ihrer Rollenreichheit voll dankbarer Clownerie, als Charakterenthusiast nicht zu vergessen auch Karl Laufförster (Rietto) in der langen Reihe der Mitwirkenden aus erster, zweiter und selbst dritter Garnitur. Jedenfalls ein Abend, bei dem sich die Hörer nicht langweilen, bei dem sie eine in schmerzhaften Wiener Humor gehüllte Klangkultur genießen wie sich auch an spöttischen Situationen von Herzen freuen können. Mit ihnen übrigens die Theaterkasse, denn die Wiederholung des Werkes ging abermals vor fast ausverkauftem Hause vonstatten. Weitere Aufführungen werden als angenehme Unterhaltung vorausichtlich und mehr noch als willkommene Überleitung zum bevorstehenden Faschings-trübel gerade die Massen stets bereitwillig zum Schloßplatz locken.

Frankreich und das Saargebiet

Gegenüber der Behauptung des französischen Senatspräsidenten, der kürzlich in der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten erklärte, in den rein saarländischen Schichten der Bevölkerung sei eine starke Neigung zu Frankreich vorhanden und die Wahrscheinlichkeit liege nahe, daß die Volksabstimmung im Saargebiet im Jahre 1935 zugunsten einer völligen Autonomie unter der Ägide des Völkerbundes ausfallen werde, ist es angebracht, die soeben im Wortlaut bekanntgegebenen Ausführungen des sozialdemokratischen französischen Abgeordneten Brate entgegenzuhalten. Dieser erklärte in der französischen Kammer wörtlich:

Ich kenne die Lage, ich bin in dem Lande gewesen, und ich gehöre zu denen, die behaupten, daß an dem Tage, an dem das Volk gefragt wird, es mit dem Wort „Deutschland“ antworten würde, wenn man es fragen würde, welches Land es vorziehe. Im Jahre 1935 wird es eine sachliche Sache sein, wenn Sie eine Frage stellen, auf die Sie die Antwort schon wissen. Sie können diese Antwort vermeiden, wenn Sie jetzt schon mit einem Volk verhandeln, mit dem man in Frieden leben muß, damit die für Frankreichs Bürgerkrieg notwendige Kohle billig und freiwillig durch leicht zu schließende Verträge geliefert würde. Können Sie Frankreich nicht Schimpf ersparen? Es ist sicher, daß Sie im Jahre 1935 einer Niederlage entgegengehen, die an dem Tage, an dem Sie eintreten würde, sicherlich Empfindungen hervorrufen würde, die der Sache des Friedens nicht dienen.

Änderungen in der Unfallversicherung

Die Nummer 14 des „Reichsgesetzblattes“ veröffentlicht das dritte Gesetz über Änderungen in der Unfallversicherung. Unfallschutz genießt auch der Dienst bei der Feuerwehr, den Rettungseinrichtungen, den sogenannten Wach- und Schichtgesellschaften, in der Krankenfürsorge, der Wohlfahrtspflege, in Laboratorien und Künstenbetrieben, auf den Bühnen im weitesten Sinne und beim Lichtspiel, ferner die Bedienung der Gäste in schon versicherten Gast- und Schankwirtschaften, der kaufmännische und verwaltende Teil eines Unternehmens, soweit er als Zubehör eines versicherten technischen Betriebes gilt.

Versicherungsfreiheit tritt dort ein, wo ohnehin schon lebenslängliche Versorgung oder gleichzeitige Unfallfürsorge gewährleistet ist. Im Feuerweh- und Rettungsdienst wird die Versicherung von den Ländern, Gemeinden oder öffentlichen Feuerversicherungsanstalten durchgeführt. Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege erhalten eine besondere Berufsgenossenschaft; jedoch können größere Gemeinden oder Gemeindeverbände Betriebe, die auf ihre Rechnung gehen, in eigene Versicherung nehmen. Für die Entschädigung wird es so angesehen, als ob das Gesetz schon am 1. Juli 1928 in Kraft getreten wäre.

Die oberste Gewalt in der Schweiz

Der schweizerische Bundesrat ist durch ein im Ständerat eingereichtes Postulat vor die Frage gestellt, wer die oberste Gewalt in der Schweiz sei. Das Postulat verlangte die Schaffung einer obersten Revisionsinstanz gegenüber Beschlüssen der Bundesversammlung und Erlassen des Bundesrats. Der Bundesrat lehnt eine derartige Oberinstanz ab, da laut Artikel 71 der Bundesverfassung die oberste Gewalt des Bundes durch die Bundesversammlung ausgeübt wird und es nicht angehe, daß eine oberste Behörde die Aufgabe übertragen würde, daß sie über die Befolgung der Verfassung seitens der obersten Bundesbehörden zu wachen habe. Der Ständerat vor verfassungswidrigen Beschlüssen sei nicht in einer gerichtlichen Instanz zu suchen, sondern er liege in der politischen Verantwortlichkeit der Bundesversammlung.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Kleidung und sonstiger Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Stat. Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Dezember 1927 gegenüber 1928 im Vormonat. Sie ist sonach um 0,3 v. H. gestiegen. — Die Indexziffern für die einzelnen Gruppen betragen (1913/14) gleich 100: Für Ernährung 152,7, für Wohnung 125,9, für Heizung und Beleuchtung 150,8, für Kleidung 172,6, für den „sonstigen Bedarf“, einschließlich Verkehr 191,0.

Eine Schwabenfiedlung in Pommern. Im Sommer 1929 werden, wie der „Schwäb. Merkur“ erfährt, voraussichtlich 25 Bauernfamilien aus dem Redertal und dem Hohenloheschen durch Vermittlung der Süddeutschen Siedlungsgenossenschaft in Stuttgart in Pommern eine Schwabenfiedlung gründen, die Mustor genannt wird. Das dort befindliche alte Stammgut ist in 20 Vollbauernstellen, 8 Halbbaunern und 2 Handwerker-, sowie 10 Gärtner-, eine Gastwirts- und 24 Arbeitsstellen aufgeteilt worden.

„Theaternot“ in Mannheim. Im Anschluß an eine von der Intendantin des Nationaltheaters einberufene Pressekonferenz erschienen in einer Reihe größerer auswärtiger, insbesondere auch Berliner Blätter, sehr pessimistische Betrachtungen über die Zukunft des Nationaltheaters. In den Kreisen des Ortsauschusses für das Theaterjubiläum haben diese Nachrichten, denen Informationen des Intendanten Sioli zugrunde liegen, sehr beunruhigend gewirkt und man fordert, daß von Amts wegen den törichtesten Gerüchten entgegengetreten wird, die aus jener unglücklichen Pressekonferenz bei der Intendantin entstanden sind.

Vom Stadttheater Freiburg i. Br. Der erste Konzertmeister des städtischen Orchesters in Freiburg, Hans König, wird mit dem 1. April des kommenden Jahres als erster Konzertmeister unter Generalmusikdirektor Hans Knappertsbusch an die Münchener Staatsoper verpflichtet. — Intendant Dr. Max Krüger ist eingeladen worden, im Wiener Rundfunk eine Hörfilmführung zu übernehmen.

Das Gastspiel des Freiburger Stadttheaters in Straßburg gestaltete sich am Freitag zu einem vollen Erfolg für die Gäste, die zum Teil an dem Ort fröhlich gewirkt hatten. Man gab „Emilia Galotti“. Dem Vessingischen Trauerspiel schiedte Intendant Dr. Max Krüger eine kurze Würdigung voraus. Das Freiburger Theater war das erste reichsdeutsche Theater, das nach dem Kriege wieder in Straßburg und überhaupt im Elsaß gastierte.

Ende der Hohentwiesenspiele? Die Garderobehütte hinter dem Eugenstor des Hohentwiesens ist, wie aus Sagen a. S. gemeldet wird, dieser Tage abgebrochen worden. Damit scheint das Ende der Hohentwiesenspiele besiegelt zu sein. Diese haben seit 1906 stattgefunden. Der erste Spielleiter war der Schauspieler Rudolf Lorenz von Charlottenburg. Dauernde finanzielle Mißerfolge führten schließlich zum Konkurs der Schloßgemeinde. In den letzten beiden Jahren war der Leiter Hofrat Kaim, Kirchheim.

Die Münchener „fliegenden Blätter“. Mit Ablauf dieses Monats stellen die Münchener „fliegenden Blätter“ ihr Erscheinen ein. Sie bestanden seit 1844.

Die Krise in Frankreich

Endgültige Annahme des Budgets

PARIS, 31. Dez. (Tel.) Die Kammer hat Sonntagabend das Budget mit geringfügigen Änderungen im Text des Senats mit 430 gegen 112 Stimmen angenommen. Der neue Text wurde alsdann vom Senat ebenfalls trotz dieser kleinen Abweichungen mit 274 gegen 16 Stimmen gebilligt. Das nunmehr endgültig angenommene Budget für 1929 stellt sich wie folgt: Einnahmen 45 430 717 348 Franken, Ausgaben: 45 866 130 503 Franken, Überschuß der Einnahmen: 64 586 845 Franken.

Die Kammer hat in der Nacht zum Sonntag bis 3 Uhr nachts beraten. Sie nahm im Verlaufe ihrer Sitzung das Gesetz über die Erhöhung der Abgeordnetenlöhne gemäß dem vom Senat festgelegten Wortlaut an. Sie stimmte ferner dem vom Senat angenommenen Gesetzentwurf zu, der Abgeordneten und Senatoren verbietet, ihr parlamentarisches Ansehen zugunsten irgendwelcher Finanz- und Handelsgesellschaften einzusetzen. Darauf trat die Kammer erneut in die Beratung des Budgets ein. In einigen Fragen wurden dem Senat Abänderungsvorschläge gemacht. Der Entwurf des Etats ging deshalb nochmals an den Senat zurück, der am Sonntag zu einer Sitzung zusammentrat und abends mit 290 Stimmen unter Aufrechterhaltung seines Standpunktes in einigen Fällen das Budget auf neue verabschiedete. Der neue Text ging wiederum der Kammer zu, worauf Sonntag nacht die endgültige Verabschiedung durch beide Häuser erfolgte.

Ein innerpolitischer Waffenstillstand

Poincaré hatte in der Nacht zum Sonntag mit seinen Ministerkollegen, dem Justizminister Barthou und dem Finanzminister Chéron, sowie einigen Abgeordneten Unterredungen, deren Ergebnis ein innerpolitischer Waffenstillstand ist. Poincaré hat seine Absicht, zu demissionieren, aufgegeben, was auf eine Unterredung zurückzuführen wird, die er mit dem Präsidenten der Republik, Doumergue, hatte. Das Parlament hat sich dem Willen Poincarés gefügt, der gedroht hatte, sogleich zu demissionieren, wenn das Budget nicht bis zum 31. Dezember angenommen sein sollte. Durch die Verabschiedung des Budgets ist nunmehr die Bahn frei für die große, seit Monaten vertagte Auseinandersetzung, die zu einer Klärung der innerpolitischen Situation überhaupt führen soll. Poincaré hat erklärt, daß er dadurch, daß er gleich nach Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten eine Debatte über die allgemeine Politik der Regierung fordere, Klarheit in die politischen Angelegenheiten bringen und genaue Aufklärung darüber finden wolle, was die Kammer für Absichten habe. Er werde sich infolgedessen bemühen, die verschiedenen Punkte zu präzisieren, auf die sich die Tätigkeit der Regierung in völliger Abereinstimmung mit der Kammer sowohl auf inner- wie außenpolitischem Gebiete richten müsse. Wahrscheinlich wird die Diskussion der Interpellationen am 10. Januar beginnen.

Die Finanzankläge

Zu den innerpolitischen Schwierigkeiten in Frankreich tragen insbesondere die großen Finanzankläge bei. Die „Frankf. Ztg.“ berichtet darüber:

Die Justizmaschine arbeitet sich durch einen zähen und endlosen Sumpf von Betrügereien, Unterstellungen, Erpressungen und Gefälligkeiten, in dem immer neue Persönlichkeiten sichtbar werden. Nicht nur, daß Regierungsmitglieder kompromittiert sind, nein, auch die ganzen französischen Pressemethoden zeigen sich in einem schrecklichen Licht. Ja es scheint sogar fast, als ob auch die ganze große Nachrichtenpresse, die bisher die beste Stütze nicht nur der Regierung, sondern überhaupt des Staates war, nicht mit völlig besser Haut davonkäme. Dazu traten die beschämenden Mißraten des früheren Finanzministers Klotz. Poincaré trägt die volle Verantwortung und das volle Verdienst dafür, daß die Justiz gegen die „Gazette du Franc“ und gegen Klotz rückwärtslos in Marsch gesetzt wurde. Er ist gedankt worden, und zwar von seinem Justizminister, der ihn darauf aufmerksam gemacht hat, daß die unerbilligte Strafverfolgung unter Umständen zu einer allgemeinen Kompromittierung des politischen Betriebes in Frankreich führen könne. Poincaré hat trotzdem nicht gezögert, die Justiz ihren Weg gehen zu lassen, und so groß dieses Verdienst auch sein mag, so wird es doch keineswegs allgemein anerkannt. Im Gegenteil, viele Politiker werfen ihm vor, daß er die Demokratie schädige und sich seinen Ruhm als Reinger des öffentlichen Lebens auf Kosten des Ansehens der Republik erwerbe.

Parlamentsmandat und Geschäft

Das Gesetz über die Unvereinbarkeit von Parlamentsmandat und Geschäftstätigkeit, das von der französischen Kammer und vom Senat angenommen wurde, und zwar in abgeschwächter Form gegenüber den Forderungen Poincarés, verbietet den Abgeordneten und Senatoren 1. die Ausübung irgendwelcher Funktionen, die vom Staate bezahlt werden, ausgenommen die Ämter als Minister und Staatssekretäre, akademische Lehramter mit gewissen Einschränkungen und schließlich besondere Missionen bis zur Dauer von 6 Monaten; 2. die Ausübung von Direktions- und Aufsichtsratsämtern bei Gesellschaften oder Einrichtungen, die ganz oder teilweise vom Staat unterhalten werden oder sonst davon abhängen; 3. die Ausübung irgendwelcher Tätigkeit in Finanz- oder Kreditgesellschaften; 4. die Unterzeichnung von Prospekten, Verbeschriftungen usw. von finanziellen, industriellen oder Handelsunternehmen.

Poincaré hatte auch eine gesetzliche Regelung der Unvereinbarkeit von Advokatenberuf und Mandat verlangt, was gegen sich vor allen Dingen die Advokaten, die besonders im Senat in der Überzahl sind, wendeten, mit der Begründung, daß Poincaré, der die Erhöhung der Diäten bekämpfte, den Volksvertretern die meisten Erwerbsmöglichkeiten verschließen wolle.

„Petit Parisien“ zur Laue

PARIS, 31. Dez. (Tel.) „Petit Parisien“ schreibt: Es scheint nunmehr, daß die Krisengefahr beseitigt ist, denn Poincaré hat für den 10. Januar die Besprechung einer Interpellation über die allgemeine Politik, die von den Sozialdemokraten und den Radikalen eingereicht worden ist, angenommen. Diese Debatte, der Poincaré möglichst weitgehenden Umfang geben will, wird — so ist zu hoffen und zu wünschen — zur Folge haben, daß die Lage der Regierung und der Parteien entwirrt wird. — Die Kabinettsmitglieder treten übrigens im Laufe des heutigen Tages unter dem Vorhitz von Poincaré zu einem Kabinettsrat zusammen.

Der Welfenschatz. Eine kleine Anfrage der Deutschen Volkspartei über angeblichen Verkauf des Welfenschatzes an das Ausland, hat der preussische Ministerpräsident wie folgt beantwortet: Das Staatsministerium hat die Angelegenheit geprüft und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß von einer künftigen Erwerbung des Welfenschatzes, der sich übrigens seit 1867 im Auslande befindet, abgesehen werden muß, da Mittel hierfür bei der Finanzlage Preußens nicht vorhanden sind.

Kurze Nachrichten

Abkündigung der Metallarbeiter für Württemberg und die Pfalz. Wie die „Schwäb. Tagw.“ berichtet, haben die Arbeitgeber der württembergischen und pfälzischen Metallindustrie das Lohnabkommen zum 31. Januar 1929 gekündigt mit dem Zweck, das bestehende Abkommen auf lange Frist zu verlängern. Für die württembergische Metallindustrie kommen etwa 70 000, für die pfälzische 20 000 Arbeitnehmer in Betracht.

Udet in Paris. Der deutsche Flieger Udet, der gegenwärtig in Paris weilte, ist am Freitag vom Vorstand des französischen Aeroclubs empfangen worden.

Demission des jugoslawischen Kabinetts. Das Ministerpräsidentium in Belgrad veröffentlichte folgendes Kommuniqué: Ministerpräsident Koroscheg hat dem König heute mittag das Rücktrittsgesuch der Regierung eingereicht. Da der König von seiner Erklärung noch nicht völlig wiederhergestellt ist, ist seine Entscheidung erst in zwei oder drei Tagen zu erwarten.

Unterordnung der Mandatsprovinzen. Sabas berichtet aus Mukden, daß die Führer der Mandatsprovinzen entsprechend dem letzten Willen Tschangsolins beschlossen haben, die drei Grundprinzipien Sunhaisens anzunehmen und sich der Autorität der nationalchinesischen Regierung zu unterwerfen. Um dies äußerlich kenntlich zu machen, hielten alle öffentlichen Gebäude die Fahne mit der weißen Sonne.

Zwei Staaten verzichten auf Exterritorialität in China. Nach dem soeben veröffentlichten Wortlaut der Verträge Chinas mit Holland, Schweden, Dänemark und Portugal verzichten diese vom 1. Januar 1930 ab auf ihre Exterritorialitätsrechte. In einer Anlage zu diesen Verträgen erklärt China, daß es vor dem 1. Januar 1930 ein Zivil- und ein Handelsgesetzbuch veröffentlicht werden.

Verschiedenes

Eine Wirtshaus- und Straßenschlacht in Berlin

Aber wüste Ausschreitungen, die sich in der Nacht zum Sonntag am Schlesischen Bahnhof zu Berlin zwischen Mitgliedern des Vereins „Zimmertreu“ und Zimmerleuten abspielten, wird berichtet:

Die Mitglieder des Vereins „Zimmertreu“ sind vielfach Leute, die vorbeirast sind oder sonst mit dem Gesetze in Konflikt stehen. Am Samstag abend hatten die Zimmerleute in ihrem Stammtisch eine Versammlung einberufen. Gegen 11 Uhr erschienen plötzlich 8 bis 10 elegant gekleidete Männer, die zum Teil Zylinder und Raucherhüte, Smoking und andere Gesellschaftsleidung trugen und dem Verein „Zimmertreu“ angehörten, und griffen die Zimmerleute an. Als bald entstand eine allgemeine Schlägerei. Als Polizei und Überfallkommando erschienen, waren die Angreifer schon aus dem Lokal verschwunden. Eine Stunde später brach der Tumult von neuem aus und nahm noch stärkere Formen an. Auf die Hilferufe der Zimmerleute kamen ihnen Kollegen zu Hilfe. Die Angreifer schossen in das Lokal und verletzten einen Zimmermann tödlich. In 30 bis 40 Autodroschken erhielten die Angreifer noch Verstärkung, und nur dem verstärkten Überfallkommando und zahlreichen Schupo- und Kriminalbeamten gelang es, der Ausschreitung ein Ende zu machen. Die Angreifer waren beim Eintreffen der Beamten blitzschnell in den Autos verschwunden. Drei Zimmerleute liegen mit Schuß- und Stichverletzungen im Krankenhaus bedenklich darnieder. In der Straßenschlacht, die etwa von 11 bis 2 Uhr nachts gedauert hat, sind mehr als 40 Schüsse gefallen. Acht Personen liegen in bedenklichem Zustande im Krankenhaus. Der Zustand eines Schwerverletzten ist nahezu hoffnungslos, da ihm die Schädeldecke durch Hiebe zertrümmert worden ist. Nach den Schilderungen von Augenzeugen hat eine Schlägerei stattgefunden, wie sie in der Kriminalgeschichte Berlins einzig dasteht.

Eine Reihe von Ringvereinen, die in verschiedenen Gegenden Berlins unter dem Deckmantel von Lotterie-, Sport- und Vergnügungsvereinen bestehen, gehören Zuhälter- und Verbrecher aller Art an. Sie bilden in verschiedenen Stadtteilen vier Ringe, die aber untereinander nicht in Kartellverbänden stehen. Die Vereine haben hauptsächlich den Zweck, Mitglieder, die gefaßt werden, zu unterstützen. Die überfallenen Zimmerleute haben sich übrigens, wie die Ermittlungen ergaben, auf nach Kräften gewehrt. Ohne Zweifel sind auch von ihnen Begnuten mehrere erheblich verletzt worden. Kriminal- und Streifenbeamten suchen heute weiter nach Verletzten aus den Kreisen der Vereine.

Im Polizeipräsidium haben eingehende Besprechungen über den Vorfall stattgefunden. Außer der Referendarmission sind unter Leitung des Kriminalrats Galsow fast sämtliche Kriminalstreifen des Berliner Polizeipräsidiums beauftragt, dem Verbleib der Berliner Rachen und Osten endlich ein Ende zu bereiten.

Keine Chronik

In der Elbmündung ereigneten sich infolge des dichten Nebels mehrere Schiffszusammenstöße. Ein deutscher und ein englischer Dampfer wurden bei einem Zusammenstoß schwer beschädigt. Die Befahrung des gesunkenen Fischdampfers ist gestoppt.

Zwei Stettiner Polizeiwachmeister wurden in der Nacht zum Sonntag bei einer Personalbefragung von einer Übermacht angegriffen und mit ihren eigenen Seitengewehren schwer verletzt.

In Ostende stürzte ein Kraftwagen, auf dem sich 18 Mitglieder einer Fußballmannschaft befanden, in ein Wasserbecken. Zwei Personen, darunter der Führer des Wagens, kamen ums Leben.

In der Nähe von Brechna (Kreis Bitterfeld) geriet ein Strohhütten in Brand. Zwei Handwerksburschen, die in diesem Dienen übernachtet hatten, verbrannten.

In Benrath bei Arefeld wurde die 20jährige Dienstmagd Emilie Mibach von dem 19jährigen Arbeiter Alexander Neuenfussler durch Beilichthe ermordet. Der Mörder gilt als geistig minderwertig.

Bombenexplosion in Brooklyn

W.D. New York, 31. Dez. (Tel.) Anscheinend als Demonstration gegen die von dem neuen Polizeichef Grover Whalen veranstalteten allwöchentlichen Razzien, die zur Folge hatten, daß hunderte von Verbrechern und Revolverhelden eingeliefert wurden, wurden im Brooklyn-Italienviertel zwei Bomben zur Explosion gebracht. Sie richteten keinen nennenswerten Schaden an.

Verhaftung eines Schlichtstader Bankiers

W.D. Paris, 31. Dez. (Tel.) Sabas meldet aus Colmar: Auf Grund einer Klage von Gläubigern und Mitgliedern des Verwaltungsrates der Schlichtstader Bank ist der Bankier Wolff, der, wie erinnerlich, in die Schlichtstaderaffäre verwickelt war, unter der Beschuldigung des Betruges, Verleumdung, Verleumdung und Verstoßes gegen das Gesetz betreffend Aktiengesellschaften, verhaftet worden. Seine Bank steht gegenwärtig mit einem Passivum von 6-8 Millionen Franken in Konkurs.

Badischer Teil

Der badische Staatspräsident zum Jahreswechsel

Die „Freiburger Tagespost“ bringt in ihrer heutigen Nummer folgende Auslassung des badischen Staatspräsidenten zum Jahreswechsel:

„An der Schwelle des neuen Jahres möchte ich den Einwohnern des Landes Baden Glück- und Segenswunsch zum Ausdruck bringen. Mögen alle Glieder des Volkes im politischen Meinungskampf ebenso wie im Wirtschaftsleben alle Zeit von gegenseitiger Achtung, Selbstlosigkeit und Hilfsbereitschaft erfüllt sein, um den für das gesamte Volk notwendigen Ausgleich aller Stände und Berufsgruppen zu ermöglichen. Mögen insbesondere die Führer des Volkes diesen Geist betätigen. Ein Volk, dessen Führer nicht sachlich, selbstlos und opferbereit sind, geht schließlich zugrunde. In diesem Sinne treten wir ins neue Jahr mit der Hoffnung und mit dem Wunsch, es möge dem badischen und dem deutschen Volke gelingen, auf seinem harten und opferreichen Wege des Aufstieges aus Schwäche und Not einen weiteren glücklichen Fortschritt zu erreichen. gez.: Staatspräsident Dr. Schmitt.“

Baden und der Verwaltungsrat der Reichsbahn

Die Zentrumsfraktion hat im Badischen Landtag folgende förmliche Anfrage eingebracht:

„Besetzung der Stellen im Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft.“

Aber die Besetzung der Stellen im Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft ist zwischen dem Reiche und dem Lande Baden am 26. März und am 5. Mai 1924 ein Abkommen getroffen worden, wonach der badische Regierung ein Rechtsanspruch auf Benennung eines Mitgliedes im Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft zusteht. Eine solche Vertretung besitzt aber Baden bis jetzt nicht, obwohl das Recht Badens auf einen Sitz im Verwaltungsrat indirekt in der Entscheidung des Staatsgerichtshofes des Deutschen Reiches im Streitfall Preußen gegen das Reich in gleicher Sache am 7. Mai 1927 grundsätzlich anerkannt ist. Inzwischen ist, wie die Zeitungen gemeldet haben, die Besetzung der auf den 1. Januar 1929 frei werdenden Stellen im Verwaltungsrat durch die Reichsregierung erfolgt, ohne daß der von der badischen Regierung erhobene Rechtsanspruch Badens auf Vertretung im Verwaltungsrat berücksichtigt wurde.

Wir fragen: Was hat die badische Regierung getan, bzw. was gedenkt sie weiterhin zu tun, um den Rechtsanspruch Badens auf Vertretung im Verwaltungsrat der Reichsbahn durchzusetzen?

Karlsruhe, 28. Dezember 1928.

Dr. Söfker, Dr. Baumgartner, Abg. Seubert und Fraktion.“

Gehemmt v. Kries †

Dr. Freibur, 31. Dez. Im Alter von 76 Jahren ist am gestrigen Sonntag hier der emeritierte ordentliche Professor der Physiologie an der Universität Freiburg, Gehemmt Dr. med. Johannes von Kries, Inhaber des Ordens Pour le Mérite für Wissenschaft und Künste, mehrfacher Ehrendoktor, gestorben. Der Heimgegangene war einer der bedeutendsten Physiologen Europas, dessen Schriften über Physiologie Welttruf genossen. Er war seit 1889 an der Freiburger Universität, hat mehrfach Berufungen, u. a. nach Leipzig, Berlin und München abgelehnt. Gehemmt von Kries hat sich in Leipzig habilitiert, 1880 wurde er in der hiesigen Universität etatmäßiger außerordentlicher Professor. Schon 1883 übernahm er das Ordinariat für Physiologie, das er 40 Jahre lang inne hatte. 1895 wurde er zum Geheimen Hofrat, 1906 zum Geheimrat ernannt. 1923 wurde er emeritiert. v. Kries war auch Ehrenbürger der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Ein Festabend der Vereinigung der Deutschen in Basel

W.D. Basel, 31. Dez. Im Stadtsaal fand am Samstag ein Festabend der Vereinigung der Deutschen in Basel statt, dem auch der badische Staatspräsident, Vertreter der Basler Regierung, der deutsche Gesandte in Bern, sowie der deutsche Generalkonsul in Basel und der österreichische Konsul in Basel beiwohnten. Staatspräsident Dr. Schmitt dankte in seiner Festrede der Vereinigung für ihre Fürsorgebereitschaft während der schweren Notjahre und fuhr fort, während der Krieg früher zur Erlangung von Ehre und Macht Geltung gehabt habe, werde heute der Krieg geächtet. Nur gemeinsames Streben, Wettkampf auf den geistigen Gebieten und gegenseitige Achtung könnten die Völker vorwärts bringen. Die schweizerische Demokratie sei der deutschen zum Vorbild geworden. Deutschland habe dank dieser neuen Staatsform im Rate der Völker wieder Geltung erlangt. — Es folgte noch eine kurze Ansprache des Gesandtschaftsrats Dr. Ulrich, Bern, welcher der Vereinigung zur weiteren Liebestätigkeit vom Auswärtigen Amt 3000 M überbrachte, die der Gesandte Dr. Müller auf 5000 Franken erhöhte.

Handelskammern und Fahrplانبereinigungen

Die Reichsbahndirektion Karlsruhe hat den badischen Handelskammern ein Schreiben zugehen lassen, das sich mit den Fahrplانبereinigungen beschäftigt. Es sollen die üblichen Fahrplانبereinigungen bei den einzelnen Handelskammern nicht mehr abgehalten werden, da sie sich nach Ansicht der Reichsbahndirektion als nicht mehr durchführbar erwiesen hätten. Der Vertreter der Reichsbahndirektion sei gerade zu einer Zeit wochenlang von seiner Zentralstelle abwesend, wo er dringend benötigt werde. Die Besprechungen sollen künftig am Sitz der Reichsbahndirektion abgehalten werden. Zu je einer Sitzung wird die Reichsbahndirektion künftig zwei bis drei Handelskammern gleichzeitig einladen. — Mit diesem Schreiben hat sich auch die Handelskammer Schopfheim bereits befaßt und der Reichsbahndirektion unter Darlegung von Gründen mitgeteilt, daß sie die Beibehaltung der Fahrplانبereinigungen in der bisherigen Form für erforderlich halte.

Ein zoologischer Garten in Heidelberg. Man trägt sich in Heidelberg mit der Absicht, in Heidelberg einen zoologischen Garten zu gründen. Ein Verein zur Errichtung eines solchen Gartens soll demnächst gebildet werden. Es ist ein Waldzoo geplant. Für die Errichtung der Gebäude, Stallungen usw., darunter ein Zoo-Café, erachtet man einen Kostenanschlag von 251 100 Reichsmark, für die Anschaffung des Tierbestandes rund 95 550 Reichsmark, so daß die Gesamtkosten 346 650 Reichsmark betragen.

Aus der Landeshauptstadt

Jubiläum in der Firma Friedrich Bloß. Um drei ihrer langjährigen Angestellten in verdienter Weise zu ehren, hatte die bekannte Firma Friedrich Bloß hier ihre familiären Angestellten sowie einige Freunde des Hauses zu einer Feier in das Nebenzimmer des Bahnhofsrestaurants eingeladen. Der Chef der Firma, Mendelin Voening, dankte den drei Jubiläarinnen, Fräulein Elise Schowalter, die seit 30 Jahren der Firma angehört, Fräulein Dora Wietfeld, die auf eine 25jährige Zugehörigkeit zurückblicken kann, und Fräulein Anna Ortner, die seit einer Reihe von Jahren die Baden-Badener Filiale leitet und ebenfalls nun 25 Jahre lang der Firma angehört. In seinen Dank schloß Herr Voening auch die dienstälteste Angestellte der Firma, Fräulein Emma Weniger, ein, die bereits auf 34 Jahre treuer hingebender Arbeit zurückblicken kann. Bei Rede und Gegenrede, bei musikalischen, deklamatorischen und mimischen Darbietungen verließen die Stunden außerordentlich anregend und unterhaltend.

Colosseumtheater. Seit 14 Tagen weilen die Spadoni Sisters mit ihrer ausgezeichneten Truppe im Colosseum, ohne auch nur das Geringste ihrer Anziehungskraft verloren zu haben. Die Direktion des Colosseums hat sich daher betanlagt gesehen, ihr Engagement bis zum 16. Januar zu verlängern. Die beiden Schwestern, in deren Händen die Leitung der Varieté- und Circus-Revue „Aus alter Zeit, ins Tempo von heute!“ liegt, haben hier, wie überall, bewiesen, daß sie mit ihrer absoluten Reueit das gesamte Interesse des Theater besuchenden Publikums erweckt haben. Beginn der Vorstellungen abends 8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen wie bisher zwei Vorstellungen, und zwar nachmittags 4 und 8 Uhr; alles weitere entnehme man den Inseraten.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Im Raume südlich von Island, östwärts gegen Finnland hin, liegt heute ein Hochdruck mit strengem Frost über Schweden. Wegen der aus diesem Kältegebiet entspringenden Strömung sind die letzten ozeanischen Luftwirbel nach Mitteleuropa vorgegedrungen. Aus ihrer Südostseite hatte Baden gestern eine schönartige Aufheiterung, aber schon im Laufe des Nachmittags Niederschläge, wobei in Gebirgslagen über 700 Meter Neuschnee fiel und daselbst die Ausführung des Wintersports ermöglicht wurde. In Verbindung damit steht demnächst Neuschnee bei leichterem, im Gebirge mächtigem Frost bevor. — Wetterausichten: Eintritt winterlicher Bitterung, Neuschneefälle, kälter, leichter, im Gebirge mähtiger Frost, nördliche Winde.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	31. Dez.		29. Dez.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.53	168.87	168.54	168.88
Kopenhagen 100 Kr.	112.04	112.26	112.04	112.26
Napoli . . . 100 L.	21.955	21.995	21.955	21.995
London . . . 1 Pfd.	20.361	20.401	20.36	20.40
New York . . 1 D.	4.1955	4.2035	4.1935	4.2050
Paris . . . 100 Fr.	16.41	16.45	16.405	16.445
Schweiz . . 100 Fr.	80.84	81.00	80.85	81.01
Wien 100 Schilling	59.10	59.22	59.07	59.19
Prag . . . 100 Kr.	12.433	12.453	12.43	12.45

Eisenwerke Gaggenau

Wie bereits kurz gemeldet, hatte in der außerordentlichen Generalversammlung, die am Samstag in Karlsruhe abgehalten wurde, die Opposition die Vertagung beantragt und für den Fall, daß diesem Antrag nicht stattgegeben werden sollte, die Anfechtungslage in Aussicht gestellt, wozu ihr ein Formfehler in der Ausschreibung der Generalversammlung die Handhabe gab. Die Opposition lege Wert auf die Vertagung zur Verfolgung von Negrefansprüchen gegen die Verwaltung und, um neue Verhandlungen mit den Gläubigern in Gang zu bringen, mit dem Ziele einer Verringerung der Aktionäre. Von Seiten der Verwaltung wurde erklärt, daß man die Opposition für jeden Schaden, der durch ihre Haltung erwachse, verantwortlich machen müsse. Eine Verzögerung der Sanierung würde den Konkurs bedeuten, da der Zwangsvergleich mit den Gläubigern darauf beruhe, daß die Anträge durchgingen. Von einem Vertreter der Gläubiger wurde erklärt, daß von dieser Seite keine weiteren Zugeständnisse zu erwarten seien. Schließlich wurden Punkt 1 und 3 der Tagesordnung (Herabsetzung des Stammkapitals von 4,8 um 4,2 Millionen auf 600 000 M und Wiedererhöhung um 3,4 auf 4 Millionen) mit 12 283 Stammaktienstimmen zusätzlich der 30 000 Stimmen der Vorzugsaktien gegen die 3819 Stimmen der Opposition genehmigt, wozu letztere Protest einlegte. Die Vorzugsaktien (Punkt 2 der Tagesordnung) sollen vernichtet werden, wenn der Protest zurückgezogen wird. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden die Herren August Steinil, Baden-Baden, Fabrikbesitzer Kemmer, Bürgermeister Schneider, Gaggenau, und Rechtsanwalt Grath als Vertreter der Gläubiger.

Die Eisenwerke Gaggenau sind am Freitag stillgelegt worden, wodurch 1200-1400 Arbeiter und Angestellte beschäftigungslos werden. Die Bürgermeister Schneider von Gaggenau in der Generalversammlung mitteilte, hat das andere große Werk in Gaggenau (Daimler-Benz; d. Red.) die Zusage gegeben, die in Gaggenau wohnhaften Arbeiter nach Möglichkeit bei sich aufzunehmen. Das Werk ist neben sozialen Rücksichten auch insofern an der Unterbringung interessiert, als die Gemeinde für Unterhaltungen unverhältnismäßig hohe Mittel aufwenden müßte, was für das Werk als größtem Steuerzahler nicht gleichgültig sein konnte. Es ist damit natürlich nur ein kleiner Teil der Arbeiter untergebracht, da fast alle anderen Gemeinden des Murgtales Arbeiter des Eisenwerkes als Einwohner haben.

Staatsanzeiger

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Justizministerium

Zugelassen als Rechtsanwälte:

Die Gerichtsassessoren Walter Anshütz beim Landgericht Freiburg, Dr. Gustav Neureither beim Landgericht Heidelberg und Dr. Friedrich Binkraf beim Amtsgericht Überlingen und Landgericht Konstanz.

Ernannt:

Staatsanwalt Dr. Karl Reinhart in Karlsruhe zum Regierungsrat im Justizministerium, Staatsanwalt Alfred Schmidt-Eberlein in Konstanz zum Amtsgerichtsrat in Konstanz, Amtsgerichtsrat Dr. Friedrich Eichenauer, seither bei der Reichsanwaltschaft beim Reichsgericht beschäftigt, zum Staatsanwalt in Konstanz, Oberwachmeister Heinrich Schobert beim Landgericht Mannheim zum Hausmeister daselbst.

COLOSSEUM

Man muß Spadoni Sisters

mit ihrer
Zirkus - Varieté - Revue
welche infolge ihres
außerordentlichen Erfolges bis 16. Januar
prolongiert wurde
gesehen haben!!

Anfang 8 Uhr
Sonn- und Feiertage 4 und 8 Uhr!

Allen ihren werten Besuchern
und Gönnern wünscht ein
glückseliges neues Jahr!
Die Direktion



Lebensbedürfnisverein

Ablieferung d. Gegenmarken-Sammelkarten u. Geschäfts-anteilkarten

Wir bitten unsere verehrl. Mitglieder, die grauefarbene Gegenmarkensammelkarte für 1928 u. die braune Geschäfts-anteilkarte in der Zeit vom

2. bis 15. Januar 1929

in der Verteilungsstelle abzuliefern, in der die Waren entnommen werden. Alle später abgelieferten Gegen- und Umsatzmarken können bei der Rückvergütungsgutschrift nicht berücksichtigt werden. Die Verrechnung später abgelieferter Marken findet erst im darauffolgenden Jahre statt.

Der Vorstand

Mittwoch, 2. Januar
Nachmittags:
Kasperle auf Weihnachtsurlaub
Luftiges Weihnachtsspiel von Ulrich von der Trend
Regie: v. d. Trend
Mitwirkende:
Bertram, Ermarth, Genter, Quaiser, Ziegler, Vortfeldt, Brand, Gemmede, Graf, Herz, Höder, Just, Kloeble, Rehner, Müller, Prüter, Schneider, Schulze
Anfang 15 Ende 17 1/2
I. Rang u. I. Sperrfz 3 RM

Abends:
*C 13. Th. Gem. 951-1000 und 1301-1400
Sofuspokus
von Götz
Regie: Baumbach
Mitwirkende:
Willer, Ziegler, Brand, Höder, Kloeble, Kufne, Müller, Schneider, Schulze, v. d. Trend
Anfang 20 Ende nach 22
Preise A (0,70-5,00 RM)

Privat-Handelslehranstalt
und Töchterhandelschule „Merkur“
Dipl.-Handelslehrer **Dr. K. Döll**
KARLSRUHE, Karlstr. 13, Tel. 2018, neben Moninger

Neue Tages- u. Abendkurse

Buchhaltung, kaufm. Rechnen, Wirtschaftslehre und Briefwechsel, Steuern, Staatskunde, Maschinenschreiben, Reichskurzschrift, Schriftverbesserung, Plakatschrift, Sprachen. J. 230

Beginn: 7. Januar 1929.
Spezialkurse: Rationalisierung der Büroarbeit.
Man verlange unsern neuen Prospekt. 25. Schuljahr.

Zu jedem Feste i Grosses Los das Beste!

Wittwen-Lotterie
Garantiert
Zahlung 11. Januar
4056 Geldgew. u. 1 Prämie Mk.

12500
5000
2500
6 Losbrief-Sorten
100000
3 Stürmer
Mannheim O. F. 11
Postsch. Nr. 17043 Karlsruhe
u. alle Lotterieverkaufsstellen

Hier bei Lotterie-Einnehmer Götz



Badisches Landestheater

Montag, 31. Dezember
Vollstündliche Vorstellung
zu halben Preisen
Spiel im Schloß
Anekdote von Hofnar
Mitwirkende:
Willer, Brand, Gemmede, Höder, Just, Prüter, v. d. Trend.
Anfang 19 1/2 Ende n. 22
I. Rang u. I. Sperrfz 3 RM

Dienstag, 1. Januar
Außer Riete
Die Meißnerfinger von Nürnberg
von Wagner
Dirigent: Krieps
Regie: Krauß
Mitwirkende:
Seibertlich, Winter, Lauffötter, Löfer, Derner, Schuster, Leo Strad, Waldmann, Dr. Bucherpfennig, Felgitsch, Gröbinger, Gospat, Kalmbach, Mayer, Schäfer, Wurm
Anfang 17 Ende 22
Preise D (1-8 RM)

Do., 3. Jan., **Vocaccio**
Fr., 4. Jan., **Herr Lambertsherr**
Sa., 5. Jan., **neueinstudiert: König Lear**
So., 6. Jan., **nachmittags: Kasperle auf Weihnachtsurlaub**
abends: **Der fliegende Holländer**
Im Konzerthaus:
Spiel im Schloß
Mo., 7. Jan., **Sinfonienkonzert**
Di., 8. Jan., **Vocaccio**

Im Stadt. Konzerthaus.
*Dienstag, 1. Januar
Der Fußballkönig
Regie: Herz
Mitwirkende:
Ermarth, Genter, Quaiser, Wödel, Gonz, Ott, Sauer, Gemmede, Höder, Kloeble, Müller, Schulze
Anfang 19 1/2 Ende 21 1/2
I. Parfett 4,10 RM

4 Stehpulte

hell eichen, mit je 2 Arbeitsplätzen und Drehstühlen, in bestem Zustande, mit englischen Bügen und Rolladenverschluss zu verkaufen. Vorprache von 8-12 u. 2-6 Uhr
Kriegstraße 35 (Gebäudehof)



Korbmöbel
Mercedes
Günstig ab Fabrik an Private!
Bequeme Ausstattung, Hochwert. Material
auf Wunsch.
Klempnermeister **Mercedes Lorch**

Karlsru. Priv.-Handelsschule
Kaiserstr. 233 „Hansa“ Tel. Nr. 5846

Beginn neuer
Handelskurse
(sämtl. kaufmänn. Fächer) u. **Sprachkurse**
(Franz., Engl., Span.) am
Donnerstag, den 3. Januar 1929
Die Schulleitung:
Fink, Diplom-Handelslehrer.

Staatstechnikum

Badische Höhere Techn. Lehranstalt
Karlsruhe, Moltkestraße 9.

Anmeldungen zum Besuch der Anstalt im bevorstehenden Sommer-Studienhalbjahre sind spätestens bis zum **15. Januar 1929** an die Direktion schriftlich zu richten. J. 208

Aufnahme und Nachprüfungen finden am 2., 3. und 4. April 1929 statt.
Die Einweisung der Studierenden ist am **Freitag**, den 5. April 1929, 10 Uhr.
Der Unterricht wird **Freitag**, den 5. April 1929, 15 Uhr eröffnet.

Alles Nähere ist aus dem Programm ersichtlich, das gegen Voreinsendung einer Gebühr von 50 RM zuzüglich Porto erhältlich ist.

Karlsruhe, im Dezember 1928.
Die Direktion.

Die Verämpfung der Maul- und Klauenseuche.
Die Maul- und Klauenseuche in Anielingen ist erloschen. Die angeordneten Schutzmaßnahmen wurden aufgehoben. D. 306
Karlsruhe, den 28. Dezember 1928. D. 3.122
Badisches Bezirksamt, Abteilung IV.

Belanntmachung.
D. 282. Karlsruhe. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Albert Lehner, Holzhandlung, Karlsruhe, soll mit Genehmigung des Gläubigerausschusses eine Abzugsverteilung erfolgen. Hierzu sind 22 130,43 RM verfügbar.
Die zu berücksichtigenden Forderungen betragen 107 193,17 RM. Die bestrittenen Forderungen belaufen sich auf 54 038,06 RM. Das Verzeichnis der Forderungen liegt auf der Kanzlei des Amtsgerichts Karlsruhe zur Einsicht auf. Karlsruhe, 27. Dez. 1928.
Der Konkursverwalter:
F. W. Börner.



Büro-Artikel

Schnellhefter Quartformat 10 Stück 95^{sw}	Durchschlagpapier 1000 Blatt 1,80 1,35	Durchschreibebücher mit und ohne Vordruck . . . 70, 55, 45^{sw}
Schnellhefter Folioformat 10 Stück 1,10	Schreibmaschinenpapier 1000 Blatt 5,80, 4,95 3,90	Notizblocks . . . Stück 20, 15, 10, 8^{sw}
Briefordner mit Hebelmechanik u. Regist. 10 St. 9., St. 95^{sw}	Geschäftsbücher Journale, Haupt- und Kassenbücher in großer Auswahl	Farbbänder (Pelikan) . . . ab 2,15
Briefablegemappen Quart 38^{sw}	Kaufm. Formulare Rechnungen, Quittungen, Wechsel, Lieferscheine, Bestellscheine usw. zu bekannt billigen Preisen	Bleistifte Dutzend . . . 130, 85, 65, 50^{sw}
Postscheckordner mit 8 Moch. . . 2,25	Kalender	Kopierstifte Dutzend . . . 4,20, 2,25, 1,65
Brieflocher . . . Stück 1,25 80^{sw}	Geschäftskuvurts farbig 1000 Stück 2,50	Schreibunterlagen mit Lederocken . . . Stück 1,45
Briefablegekörbe aus Matte Stück 1,65	Geschäftskuvurts weiß 1000 Stück 5,50	Kalenderblocks Stück 40, 30, 25, 18, 10^{sw}
Deutsche Reichstinte 1/2 Ltr. 1,65	Metall-Löcher Stück 65, 75, 45^{sw}	Wochenabreißkalender St. 60^{sw}
Pelikantinte 4001 . . . Liter 3,-	Lieferscheinebücher Stück 50^{sw}	Wandkalender . . . Stück 55, 40^{sw}
Briefblocks Quart-Format à 100 Blatt . . . Stück 90^{sw}		Geldtaschenkalender Stück 15, 10, 5^{sw}
Briefblocks Quartformat à 50 Blatt . . . Stück 45^{sw}		Abreißkalender . . . 65, 70, 50, 30^{sw}
Stenogrammblocks à 40 Blatt, 10 Stück 1,10		
Stenogrammblocks à 80 Blatt, 10 Stück 1,80		

Besichtigen Sie unser Schaufenster in der Kaiserstraße!

LKNOPF